

Correspondenzblatt

der

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint
jeden Sonnabend.

Abonnementpreis pro Quartal Mk. 1,50.
Postzeitungsnummer 1707.

Redaktion:
P. Umbreit,
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Inhalt: Die Streiks im Jahre 1902 nach der amtlichen und gewerkschaftlichen Streikstatistik	837
Lohnbewegungen. Vom Kampf in Grimmitzschau	844
Mitteilungen. Correspondenzblatt betreffend	844

Die Streiks im Jahre 1902 nach der amtlichen und gewerkschaftlichen Streikstatistik.

So sehr die Gewerkschaften daran interessiert sind, daß amtlicherseits eine genaue Statistik über die Streiks aufgenommen wird, so wenig vermögen sie der derzeitigen amtlichen Streikstatistik volles Vertrauen entgegenzubringen. Die Streikstatistik, die in anderen Ländern mehr als ein Jahrzehnt früher als in Deutschland von den amtlichen statistischen Beamten alljährlich aufgenommen wurde, ist in Deutschland zu einer Zeit beschlossen und zum erstenmale ausgeführt, in welcher den Gewerkschaften durch ein von der Reichsregierung eingebrachtes Ausnahmegesetz Gefahr drohte. Mit vollem Rechte nahmen die Gewerkschaften an, und der amtliche an die Polizeibehörde gesandte Fragebogen bestätigte ihre Vermutung, daß die Ergebnisse der amtlichen Streikstatistik gegen die Gewerkschaften verwandt werden sollten. Diese haben seit dem Jahre 1890, also schon neun Jahre früher, als mit der amtlichen Statistik begonnen wurde, eine Streikstatistik geführt. Sie hätten, da diese Statistik unvollkommen war, darüber erfreut sein müssen, daß durch amtliche Erhebungen Vollkommeneres geboten könne, und nichts lag näher, als daß die Gewerkschaften ihre Statistik ganz einstellen oder auf wenige, nur durch die Gewerkschaften zu erhaltende oder nur sie interessierende Daten einschränken würden. Aber das Gegenteil trat ein. Der Gewerkschaftskongreß von 1899, der sich gegen die geplante Zuchthausvorlage energisch aussprach, beschloß nicht nur die bisherige Streikstatistik fortzuführen, sondern beauftragte die Generalkommission, die Statistik so auszugestalten, daß alle einzelnen Daten mit denen der amtlichen Statistik in Vergleich gestellt werden können. Die Einführung einer Statistik, die als ein Fortschritt hätte bezeichnet werden müssen und die von der Arbeiterschaft anderer Länder anerkennend begrüßt wurde, als sie dort zur Ausführung gelangte, fand bei den Arbeitern Deutschlands keine Sympathie. Nicht, weil die deutsche Arbeiterschaft weniger einsichtsvoll ist oder aus reiner Oppositionslust sich gegen eine an sich gute Sache gewendet hätte, sondern weil die deutsche Regierung in bekannter Genialität die Sache wieder von dem verkehrten Ende angriff. Nicht etwa, eine Ueberficht zu geben über die wirtschaftlichen Kämpfe, ihre Ursachen und Erfolge, nicht um ein Urteil zu ermöglichen über die treibenden Kräfte in unserem Wirtschaftsleben, nicht um ein Bild zu bieten von dem Drange der Arbeiterschaft, zu einer höheren Lebenshaltung zu gelangen und zu zeigen, welche Opferfähigkeit vorhanden ist, um diesen

kulturfördernden Zweck zu erreichen — sondern Material zu beschaffen für eine Gesetzgebung, die sich gegen die Arbeiter und ihre Organisationen richten sollte, das war der Zweck der amtlichen Streikstatistik.

Von der Arbeiterschaft und ihren Vertretern wurde sofort nach Bekanntwerden des amtlichen Fragebogens darauf hingewiesen, daß, wenn nicht die Regierung den Beweis dafür liefern wolle, daß die Ergebnisse der Streikstatistik gegen die Arbeiterorganisationen verwandt werden sollen, die Fragen krimineller Natur, so die nach den Kontraktbrüchigen, nach den Minderjährigen, nach dem Eingreifen von Polizei und Staatsanwalt bei den Streiks aus der Statistik fortfallen müßten. Vergleichbar waren diese Hinweise, und wenngleich sich gezeigt hat, daß die Antworten auf diese Fragen in der amtlichen Statistik keine Verwendung finden können, weil einmal die Ausbeute zu gering und auch das Wenige nicht in der Statistik zu verarbeiten ist, weil es nicht hineingeht, so bleibt doch die Regierung dabei, diese gegen die Arbeiter sich richtenden Fragen beizubehalten und zwingt dadurch die Arbeiterschaft, dem ganzen Unternehmen das größte Mißtrauen entgegenzubringen und nichts zu tun, um die amtliche Statistik so vollkommen als möglich zu gestalten.

Es ist vielmehr, wie bemerkt, die gewerkschaftliche Statistik weiter ausgestaltet und an der Hand des gewonnenen Materials sowohl für 1901 als auch für 1902 ein genauer Vergleich zwischen den Ergebnissen der amtlichen und der gewerkschaftlichen Statistik gemacht worden. Diese Vergleiche haben nun dazu geführt, daß mit vollem Rechte erklärt werden kann, die amtliche Statistik ist vollständig unzureichend. Für 1901 wurde festgestellt, daß in der amtlichen Statistik 220 Streiks mit 5310 Beteiligten fehlten, über welche in der Gewerkschaftsstatistik unter Angabe genauer Daten berichtet wurde. Ferner waren gewerkschaftlicherseits 49 Streiks mit 293 Beteiligten verzeichnet, über die nicht spezielle, sondern nur summarische Angaben gemacht waren, und außerdem wurde noch nach Abschluß der Gewerkschaftsstatistik über 47 Streiks mit 640 Beteiligten im Baugewerbe berichtet, so daß im Jahre 1901 in der amtlichen Statistik über 316 Streiks, die in Deutschland stattgefunden hatten und an denen 6243 Personen beteiligt waren, nicht berichtet worden ist.

presse ausnutzen zu können (wie es die „Mitteilungen“ tun), während unsere Gewerkschaftsredakteure aus dem Nichts etwas schaffen mußten. Unsere großen Gewerkschaftsblätter sind schon oft auch von bürgerlicher Seite als vorzüglich sachkundig und geschickt redigiert belobt worden. Zahlreiche Schriften sozial-politischer bürgerlicher Autoren benutzen als Quellen unsere Presse schon seit langem. Heute sind also die Vorbedingungen für eine gut redigierte Arbeiterzeitung in reichem Maße gegeben; wenn trotzdem die Gewerkschaftsblätter technisch und inhaltlich kläglich hergestellt sind, so zeugt dies unwiderleglich für eine auffallende geistige Inferiorität. Nicht einmal der Nachahmungstrieb ist anerkennenswert. Geld genug wird ausgegeben, wie wir eingangs vergleichsweise zeigten, aber Geld allein tut's nicht, auch nicht eine oft grenzenlose Einbildung.

Besserung ist im wesentlichen ausgeschlossen, solange die Centrumsgewerkschaften eben Keilstreiberorganisationen sind. Sofern eine selbständige geistige Weiterentwicklung der Gewerkschaftsjournalisten vor sich geht, stößt der Student bald auf unlösbare Widersprüche zwischen dem, was er auf Geheiß seiner Dressireure tun soll und dem, was er angesichts der sozialen Entwicklung als Arbeitervertreter tun muß. Der Meriker hat eine abgeschlossene Weltanschauung, die direkt dem Streben der proletarischen Klasse zuwider ist. Reaktion ist die Merikale Lösung! Fortschritt auf allen Gebieten ist aber die Parole der Arbeiterklasse. Wer unter diesem Dilemma leidet, das sind die Arbeiter und die Arbeiterführer in den Centrumsgewerkschaften! Konsequente Männer finden aus diesem Widerstreit der Gefühle bald den Weg zur furchtlosen Vertretung der Arbeiterklassenvertretung. Inkonsequente, unfähige oder auch nach billiger Bequemlichkeit strebende Klassengenossen nehmen das unwürdige Doppelspiel auf sich, sonnen sich in geistiger Impotenz an den Gnadenblicken besser gekleideter Gönner. Ein Reiz bleibt — „psychologisches Rätsel“. Die Gewerkschaftsblätter in Haupt und Gliedern reformieren heißt in letzter Linie: die Arbeiterzerfplitterung beenden, los von der Reaktion!

Otto Hue.

Sirsch-Duncker'sche Hausbesitzerforgen.

Der Centralrat der deutschen Gewerkschaften hat vor einigen Wochen feierlich den Grundstein gelegt, bei welcher Gelegenheit ein hundertförmiger Stab, enthaltend die Gründungsurkunde nebst Schriften der Gewerkschaften, in den Grundstein eingemauert wurde. Noch ist das Haus nicht über die Grundmauer hinaus und schon machen sich die künftigen Besitzer darob Sorgen, ob sie auch für alle Ewigkeit Herren dieses Hauses bleiben werden. Die bürgerliche Presse hielt den Augenblick, da die Gewerkschaften zu den „Besitzenden“ aufrückten, für geeignet, sie wieder einmal gegen die Sozialdemokratie scharf zu machen, sie vor sozialistischen Aneignungsplänen zu warnen und damit jede Neigung zu gelegentlichem Zusammengehen mit den freien Gewerkschaften im Keime zu ersticken. Der „Vorwärts“ hatte eine Nebenwendung bei der Grundsteinlegungsfeier damit ironisiert, daß die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter keinen Zweck darin sehen, sich an den Mauern des neuerstehenden Hauses den Kopf einzurennen, sondern es für vernünftiger und bequemer halten, die nicht unermesslich ferne Zeit abzuwarten, wo sich dank einer ganz natürlichen Entwicklung ihnen die Tore des Vereinshauses in aller Freiwilligkeit öffnen.“ Aus diesen Auslassungen und aus dem Fallenlassen des Reverses in den Gewerkschaften konstituiert die bürgerliche Presse eine Gefahr

für die Gewerkschaften, daß Sozialdemokraten in letztere eindringen und die Herrschaft über Organisation und Besitz erlangen könnten, zumal infolge des Zusammengehens mit Gewerkschaften bei den letzten Streiks die Grenzlinien zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokratie beträchtlich verschoben seien. — Natürlich beteuert der „Vorwärts“, der diese Warnung wohlgemeint und voller Beachtung würdig findet, daß der Verdacht, durch die Beseitigung des Reverses in ein anderes Verhältnis zur Sozialdemokratie getreten zu sein, und durch die Teilnahme an gewerkschaftlichen Streiks etwa mit der Sozialdemokratie zu liebäugeln oder gar zu kokettieren, — durchaus ungerechtfertigt sei. Aus der Zunahme um einige Tausend Mitglieder folgert er, daß die Zeit kommen werde, wo die Grundsätze der Gewerkschaften die deutsche Arbeiterbewegung führen und befehlen werde. Darin ist er also mit dem „Vorwärts“ einig, daß es in naher Zukunft nur noch eine einheitliche Arbeiterbewegung geben kann; nur darüber, welche Grundsätze die letztere führen werde, kann er sich mit ihm noch nicht befreunden.

Die Gründung eines eigenen Verbandshauses hat die edlen Gewerkschaften in eine bejammernswerte Lage versetzt. Sie werden fortan nicht mehr so ruhig wie bisher schlafen können, sondern ängstlich alle Verbandsbücher durchsuchen, ob nicht irgendwo ein Mitglied mit hochverräterischen Absichten zu entdecken ist. Wehe allen Halben und Zweifelhafte. Selbst die unschuldigsten Mitglieder werden von dem Verdacht spießbüßischer Absichten auf das neue Haus nicht frei bleiben und zu den heiligsten Gütern der Gewerkschaftsgrundsätze werden fortan auch die nicht minder sakrosankten Gewerkschaftsgrundsätze gezählt werden. Es ist wahrlich keine leichte Aufgabe, Hausbesitzer zu sein. Fast fühlen wir menschliches Mitleid mit diesen Armen, und wenn es zu ihrer Beruhigung beiträgt, so stehen wir nicht an, es zu erklären, daß es nicht in unserer Absicht liegt, auch nur einen Stein des neuen Verbandshauses an uns und einen einzigen Mann aus unseren Reihen in die Gewerkschaften hineinzubringen. Wir überlassen die Vereinheitlichung der Gewerkschaftsbewegung ruhig dem erwachenden Klassenbewußtsein der Gewerkschaftsmitglieder und dem Terrorismus des Unternehmertums. Wo das erstere langsam reift, hilft das andere kräftig nach; die Frucht ist uns in jedem Falle gewiß.

Mitteilungen.

Zur Beachtung.

Die nächste Nr. 52 des „Correspondenzblattes“ wird wegen der Feiertage und wegen einer größeren statistischen Arbeit erst am 30. Dezember erscheinen. Sie wird ebenso wie die Schlussnummer des vorigen Jahrganges 8 Seiten Text und in 8 Seiten das Jahresinhaltsverzeichnis enthalten.

Von Nr. 1 des neuen Jahrganges an werden wir regelmäßig ein

Literarisches Verzeichnis

führen, in welchem alle bei uns eingehende Gewerkschaftsliteratur (Berichte, Protokolle, Statistiken, Denkschriften und Eingaben der deutschen Verbände, Kartelle und Arbeitersekretariate, Ortskrankenkassen, Hilfskassen und Gewerbeberichte), sowie ausländischer Gewerkschaften bekannt gegeben werden sollen. Daran soll sich ein Verzeichnis der sonst bei uns zur Besprechung eingehenden Schriften und Werke anschließen. Wir ersuchen alle Gewerkschaften und Korporationen, auch die Gewerkschaften anderer Richtungen, uns ihre Veröffentlichungen rechtzeitig zugänglich zu machen.

Die Generalkommission.

Für 1902 ist das Ergebnis des Vergleiches für die amtliche Statistik noch ungünstiger. Konnte für 1901 berichtet werden, daß 220 Streiks, über welche genaue Daten in der Gewerkschaftsstatistik gegeben waren, in der amtlichen Statistik fehlten, so hat ein Vergleich der amtlichen mit der gewerkschaftlichen Statistik für 1902 ergeben, daß amtlicherseits 317 Streiks mit 5874 Beteiligten nicht verzeichnet sind, über die von den Gewerkschaften mit wenigen Ausnahmen unter Angabe der Daten von Beginn und Ende berichtet wird, bei denen also kein Zweifel bestehen kann, daß sie stattgefunden haben. Sollten amtlicherseits Zweifel an dieser Tatsache erhoben werden, so sind die Gewerkschaften gern bereit, alle näheren Angaben bezüglich des Arbeitgebers, bei dem gestreikt wurde usw. zu machen, so daß auch jetzt noch eine Nachprüfung seitens der Behörden erfolgen kann.

Das also ist das Ergebnis einer amtlichen Erhebung, die 1902 zum vierten Male veranstaltet worden ist. Die Neuheit der Sache kann nach viermaliger Wiederholung nicht als Grund für den Mangel angegeben werden. Der Grund ist darin zu suchen, daß die Arbeiterorganisationen an der amtlichen Statistik kein Interesse haben, weil diese, völlig ihrem Zwecke widersprechend, gegen diejenigen verwandt werden soll, deren Hilfe in Anspruch zu nehmen man genötigt ist.

Diese Unzulänglichkeit der amtlichen Statistik wird keineswegs durch den Umstand gemildert, daß auch in der Gewerkschaftsstatistik eine große Zahl Streiks fehlt, die amtlicherseits verzeichnet worden sind. Die gewerkschaftliche Statistik umfaßt nur die Streiks, welche von Arbeitern geführt werden, die in Centralverbänden organisiert sind. Die von Mitgliedern der lokalen Vereine oder der christlichen Gewerkschaften, oder von unorganisierten Arbeitern geführten Streiks können in der Gewerkschaftsstatistik nicht enthalten sein. Wenn für 1901 559 Streiks mit 20012 Beteiligten und für 1902 465 Streiks mit 19636 Beteiligten in der gewerkschaftlichen Statistik fehlen, die amtlicherseits verzeichnet sind, so wird damit nur das bewiesen, was von den Gewerkschaften so oft erklärt worden ist, als sie eine Streikstatistik veröffentlicht haben, nicht aber ändert es an der Tatsache etwas, daß die amtliche Statistik, der alle Mittel, welche staatliche und kommunale Organe zu bieten vermögen, zur Verfügung stehen, nicht alle Streiks enthält, welche in Deutschland stattgefunden haben. Nun wird aber außerdem ganz entschieden von den Gewerkschaftsvorständen in Abrede gestellt, daß eine Anzahl Streiks, die amtlich für Orte verzeichnet sind, in welchen die betreffenden Gewerkschaften Zweigvereine haben, tatsächlich vorgekommen sind. Es geschieht dies für 31 solcher Streiks. Ferner berichtet die amtliche Statistik für 1902 noch über zwei Streiks und eine Aussperrung, die schon Ende des Jahres 1901 ihren Abschluß gefunden haben. Sodann wird von 50 Streiks, die in der gewerkschaftlichen Statistik fehlen, von den betreffenden Verbandsvorständen gesagt, daß sie entweder nicht die Genehmigung des Vorstandes gefunden haben oder daß sie von sehr kurzer Dauer waren (oft nur wenige Stunden) und aus diesem Grunde dem Vorstand kein Bericht zugegangen ist. Von 84 Streiks, die in der Gewerkschaftsstatistik fehlen, hatten die Vorstände demnach Kenntnis und wäre es möglich gewesen, auch für diese das nähere Material zu beschaffen. Die Zahl der Streiks, von welchen die Vorstände der Centralverbände keine Kenntnis erhalten, ist mithin verhältnismäßig gering, geringer als bei der heutigen Ausdehnung der Centralverbände anzunehmen war.

In welcher Weise die beiden Statistiken aufgenommen werden, ist im Vorjahre unter Wiedergabe des Wortlautes der wichtigsten Formulare bei Veröffentlichung der gleichen Arbeit näher geschildert und dürfte eine Wiederholung entbehrlich sein. Auch der Vergleich ist genau wie im Vorjahre gemacht worden. Es sind die Streiks aus beiden Statistiken, die nach dem Streikort und den Daten über Beginn und Ende sich als der gleiche Arbeitskonflikt erwiesen, einander gegenübergestellt. Als vergleichbar sind hierbei auch solche Streiks betrachtet, bei welchen wesentliche Abweichungen in bezug auf die Daten vorhanden waren, bei denen aber nach Kenntnis der näheren Umstände angenommen werden mußte, daß es sich um den gleichen Vorgang handelte. Diese Zusammenstellung ist den Vorständen zur Kontrolle zugesandt und haben diese feststellen können, ob es sich trotz der abweichenden Angaben in den beiden Statistiken um dieselbe Arbeitseinstellung handelte. Diese Einzelausweise, für die Veröffentlichung im „Correspondenzblatt“ zu umfangreich, sind in einer Broschüre zusammengestellt, die den zunächst Beteiligten übermittelt wird. In der nebenstehenden Tabelle I ist nur das Gesamtergebnis dieses Vergleiches enthalten.

Zur Erläuterung wäre folgendes zu bemerken: Die amtliche Statistik weist für 1902 insgesamt 1084 Streiks und 51 Aussperrungen, zusammen, ausschließlich der Maiaussperrungen, 1135 Arbeitskonflikte aus, die gewerkschaftliche, ausschließlich der Maiaussperrungen 849. Nach der amtlichen Statistik waren (ausschließlich 24 Streiks, die am 1. Januar 1903 noch nicht beendet waren) an den Streiks und Aussperrungen 64 217 Personen beteiligt, nach der gewerkschaftlichen 54 686 Personen. Amtlicherseits wird ferner über 29 Maiaussperrungen mit 4873 Beteiligten, gewerkschaftlicherseits über 12 Maiaussperrungen mit 1027 Beteiligten berichtet. Von den Streiks und Aussperrungen der amtlichen Statistik konnten 669 mit 537 Streiks der gewerkschaftlichen Statistik in Vergleich gestellt werden. Es handelt sich hierbei um 513 Arbeitskonflikte und sind amtlicherseits in 34 Fällen, gewerkschaftlicherseits in 8 Fällen bei einem Arbeitskonflikte mehrere Streiks gezählt. Bei der amtlichen Statistik handelt es sich bei diesen Doppelzählungen nicht immer um Streiks, die sich auf mehrere Verwaltungsbezirke erstreckten und von den unteren Verwaltungsbehörden infolge dessen doppelt gezählt wurden, sondern die mehrfache Zählung liegt an der eigenartigen Methode, nach welcher amtlicherseits die Streiks gezählt werden. Auch wenn es sich um denselben Konflikt der Arbeiter mit dem Unternehmertum handelt, auch wenn der Streik, der sich auf eine größere Zahl Bezirke erstreckt, durch die Organisation beschlossen und einheitlich begonnen ist, zählt die amtliche Statistik mehrere Streiks, sofern die Arbeit nicht in allen Betrieben gleichzeitig wieder aufgenommen worden ist. An dem Maurerstreik in Königsberg, der am 12. Mai begann und am 7. August endete, mag dies näher erwiesen werden. Ueber diesen einheitlich durchgeführten Arbeitskonflikt berichtet die amtliche Statistik folgend:

Streik	Beginn	Ende	Dauer Tage	Zahl der Beteilig.
Nr. 2 Königsberg	12. 5.	12. 5.	—	3
„ 3 Rosenau	12. 5.	15. 5.	3	14
„ 4 Mittel-Vorder- hufen	12. 5.	22. 5.	10	39
„ 5 Königsberg	12. 5.	26. 5.	14	12
„ 6 „	12. 5.	11. 6.	30	8
„ 7 „	16. 5.	24. 5.	8	10
„ 8 Rosenau	17. 5.	23. 5.	5	10
„ 9 Königsberg	21. 5.	5. 6.	15	6
„ 10 „	22. 5.	22. 5.	—	5
„ 11 „	22. 5.	23. 5.	1	14

Nr. 12 Königsberg	22. 5.	2. 6.	11	6
" 13 "	22. 5.	9. 6.	18	8
" 14 "	23. 5.	6. 6.	14	8
" 15 "	24. 5.	24. 5.	—	14
" 16 "	24. 5.	29. 5.	5	8
" 17 "	28. 5.	2. 6.	6	6
" 18 Speichersdorf	28. 5.	3. 6.	7	21
" 19 Königsberg	28. 5.	9. 6.	12	9
" 20 "	28. 5.	17. 6.	20	11
" 21 "	29. 5.	9. 6.	11	10
" 22 "	30. 5.	6. 6.	7	2
" 23 "	30. 5.	9. 6.	10	4
" 24 "	31. 5.	4. 6.	4	5
" 25 "	4. 6.	5. 6.	1	3
" 26 "	5. 6.	7. 6.	1	8
" 27 "	5. 6.	2. 7.	27	6
" 28 "	7. 6.	20. 6.	13	55
" 29 "	9. 6.	9. 6.	—	2
" 30 "	12. 6.	17. 6.	5	4
" 31 "	20. 6.	25. 6.	5	3
" 34 "	5. 7.	14. 7.	9	57
" 35 Amalienau	5. 7.	7. 8.	33	2
" 36 Königsberg	14. 7.	7. 8.	24	498
" 37 Speichersdorf	15. 7.	8. 8.	24	4
Ausw. 1 Königsberg	14. 5.	21. 5.	10	13

35 Streits . . . mit Beteiligten: 888

Die Gewerkschaftsstatistik berichtet dagegen nur über einen Maurerstreik in Königsberg, beginnend am 12. 5., endend am 7. 8. mit 93tägiger Dauer und 874 Beteiligten. Bei den Streits Nr. 11, 18, 28 und 34 erstreckte sich die Arbeitseinstellung nach der amtlichen Statistik auf je 2 Betriebe, bei dem Streik Nr. 36 auf 43 Betriebe, in allen anderen Fällen beschränkte sich die Arbeitseinstellung auf einen Betrieb. Bei dieser amtlich beliebten Zählmethode muß allerdings die Zahl der Streits in der amtlichen Statistik eine wesentlich höhere sein, als in der gewerkschaftlichen Statistik. Aber diese Zählmethode ist durchaus nicht richtig. Besonders im Baugewerbe wird sich ein einheitlich von den Arbeitern unternommener Streik nicht vollständig gleichmäßig durchführen lassen. Auf dem einen Bau wird einige Tage früher, auf dem anderen etwas später die Arbeit eingestellt resp. wieder aufgenommen werden. Trotzdem kann die ganze Bewegung nur als ein Streik betrachtet werden. Die Forderungen werden sämtlichen Unternehmern vorgelegt, und wenn diese nicht durch Beschlüsse ihrer Organisation gebunden sind, so wird die Durchführung der Forderungen mittels eines Streiks je nach der Pauslage in den einzelnen Baubetrieben erfolgen, und die Unternehmer werden je nach Stand des Baues sich mehr oder weniger schnell zur Anerkennung der Forderungen bereit finden. Unmöglich aber kann die sich hieraus ergebende Zeitdifferenz im Beginne und in der Beendigung der Arbeitseinstellung Veranlassung sein, jeden dieser Konflikte als einen selbständigen Streik zu zählen. Ebenso wenig, als die Arbeitseinstellungen in den Vororten von Königsberg als besondere Streits gezählt werden können. Eine solche Zählmethode muß unbedingt ein falsches Bild von dem Umfang der Streibewegung in Deutschland geben.

Ähnlich liegen die Verhältnisse bei dem Konflikt im Hamburger Gebiet. Hier wurde von den Organisationen des ganzen Bezirks die Durchführung der von der Unternehmerorganisation versprochenen Arbeitszeitverkürzung einheitlich unternommen. Ebenso einheitlich erfolgte die Aussperrung der Arbeiter durch die Vereinigung der Unternehmer des „Hünfsstädtebundes“ (Hamburg, Altona, Harburg, Wilhelmsburg und Wandsbek). Es hätte hier ein Streik und event. eine Aussperrung gezählt werden müssen. Amtlicher-

seits wurden aber 72 Streits und 5 Aussperrungen gewerkschaftlicherseits 4 Streits und 8 Aussperrungen gezählt. In diesen beiden Fällen allein weist also die amtliche Statistik 94 Arbeitskonflikte mehr aus, als die Gewerkschaftsstatistik. Die erheblich höhere Ziffer der Streits in der amtlichen Statistik findet also zum Teil ihre Erklärung darin, daß amtlicherseits ein Arbeitskonflikt, der für die Gewerkschaften als eine Arbeitseinstellung gilt, als eine Reihe einzelner Streits gezählt worden ist. Ferner liegen in der amtlichen Statistik, wie schon bemerkt, Doppelzählungen bei den Streits vor, die sich auf mehrere Gemeinden erstrecken, doch ist die Zahl dieser Fälle sehr gering.

Bei den Gewerkschaften kommen Doppelzählungen einzelner Streits vor, wenn mehrere Organisationen an einer Arbeitseinstellung beteiligt waren. Dagegen versucht wird, solche Doppelzählungen zu vermeiden, haben sie sich doch in der gewerkschaftlichen Streitsstatistik nicht ganz ausscheiden lassen und sind in 8 Fällen solche mehrfache Zählungen eines Streits festgestellt.

Die Zahl der Streits, welche in den beiden Statistiken völlig miteinander übereinstimmen, ist überaus gering. Dabei ist aber nur vorausgesetzt, daß die Angaben über Beginn und Ende und die Zahl der Beteiligten gleich sind, nicht aber auch die Angaben über die Ursache der Arbeitseinstellung (ob Angriff- oder Abwehrstreik) und den Ausgang (ob erfolgreich oder erfolglos für die Arbeiter). Da aus der amtlichen Statistik nicht ersichtlich, welche besonderen Ursachen einem Streik den Charakter eines Angriff- oder Abwehrstreits geben und ferner in der amtlichen Statistik noch eine Rubrik „Sonstiges“ enthalten ist, aus der nicht ersichtlich, ob die Unternehmer oder die Arbeiter der angreifende Teil waren, so wäre es müßig, eine nähere Prüfung anzustellen, ob ein Streik zutreffend in der amtlichen Statistik als Angriff- oder Abwehrstreik bezeichnet ist. Soweit in der vergleichenden Zusammenstellung die Angaben in den beiden Statistiken nach dieser Richtung hin abweichen, ist in Einzelfällen von den Verbandsvorständen durch Anführung von Tatsachen der Nachweis geführt, daß die Angaben der amtlichen Statistik, die wohl besonders auf diesem Gebiet auf den Informationen der Unternehmer beruhen, nicht immer zutreffend sind. Daß die amtlichen Angaben über einen Streik mit denen der betreffenden Gewerkschaft völlig übereinstimmen, ist aber auch dann angenommen, wenn die Ursachen und der Ausgang des betreffenden Streits nicht in beiden Statistiken übereinstimmend angegeben waren.

Trotzdem ist die Zahl der Streits, die völlig in den Angaben bezüglich Beginn, Dauer und Zahl der Beteiligten sich decken, äußerst gering. Es sind deren nur 29. In bezug auf den Beginn stimmten 296, in bezug auf die Dauer 121 und in bezug auf die Zahl der Beteiligten 109 Streits völlig überein. Die Abweichungen sind leicht erklärlich. Der Unternehmer, der den Beamten für die amtliche Statistik Angaben macht, wird oftmals einen Streik für beendet ansehen, wenn er das Arbeitsverhältnis mit den Arbeitern, die in seinem Betriebe beschäftigt waren, endgültig gelöst hat, auch wenn er darauf rechnet, daß dieselben Arbeiter nach Beilegung der Differenz wieder ein Arbeitsverhältnis mit ihm eingehen. Andererseits werden die Gewerkschaften auch dann, wenn der Betrieb durch Streibreaker ausreichend besetzt ist, den Streik als so lange dauernd ansehen, als sie Unterstützung an die Streikenden zu zahlen haben. Aber auch die Fälle sind nicht selten, daß der Unternehmer den Streik als fortdauernd ansieht, weil er noch keinen Ersatz für die ausgeschiedenen Arbeitskräfte erhalten hat, während die Gewerkschaft den Streik für beendet erklärt, weil alle Streikenden anderweitig Beschäftigung gefunden haben. Diesen

Abweichungen in den Angaben der beiden Statistiken ist eine wesentliche Bedeutung nicht beizulegen. Es ist fraglich, ob sie sich völlig würden beseitigen lassen, auch wenn die Art der amtlichen Erhebung eine andere werden sollte, als sie es heute ist. Das gleiche trifft auch bezüglich des Ausganges eines Streiks zu. Hier werden die Meinungen der beteiligten Unternehmer und Arbeiter wenn auch nicht immer, so doch in vielen Fällen auseinander gehen.

Anders liegt jedoch die Sache bei den Angaben über die Zahl der Beteiligten. Hier dürfte eine Abweichung zwischen den Angaben der amtlichen und der gewerkschaftlichen Statistik nicht vorhanden sein, zum Mindesten nicht nach der Richtung hin, daß die amtliche Statistik eine geringere Zahl Streikender im Einzelfall ausweist, als die gewerkschaftliche Statistik. Das umgekehrte Verhältnis kann sehr leicht eintreten, wenn in größeren Betrieben Arbeiter verschiedener Berufe tätig sind, die, wenn nicht organisiert, von der Gewerkschaft, welche in den Streik eingetreten ist, nicht unterstützt und auch nicht in den Streiklisten geführt werden. In diesen Fällen vermag die gewerkschaftliche Statistik Vollkommenes nicht zu bieten.

Unverständlich aber ist es, daß in der amtlichen Statistik in so zahlreichen Fällen die Zahl der Streikenden niedriger angegeben ist, als in der Gewerkschaftsstatistik. Daß die „Höchstzahl der gleichzeitig Streikenden“ die in dem amtlichen Fragebogen angegeben werden soll, nicht immer die volle Zahl der an einem Streik Beteiligten darstellt, haben wir in früheren Darlegungen nachgewiesen. Aber daran, daß die Fragestellung eine falsche ist, kann es nicht allein liegen, daß amtlicherseits fast durchgängig die Zahl der Streikenden niedriger, als in der Gewerkschaftsstatistik angegeben wird. Oft weiß man wirklich nicht, wie eigentlich die berichtserstattenden Behörden zu den in der amtlichen Statistik bezeichneten Zahlen kommen. Ein Beispiel sei angeführt. Unter Nr. 877 berichtete die amtliche Statistik über einen Streik der Tabakarbeiter in Münchhof, der am 14. September 1901 begann und am 1. März 1902 endete, also 168 Tage dauerte. Seitens der Gewerkschaft war über diesen Streik schon für die Statistik für 1901 berichtet und waren für 1902 entsprechend den Grundsätzen, welche für die Gewerkschaftsstatistik zur Anwendung gelangen, noch 61 Tage Streikdauer, aber die volle Zahl der Beteiligten, angegeben. Nach der Gewerkschaftsstatistik begann der Streik am 16. September 1901 und endete am 2. März 1902, sodas für das letztere Jahr noch 61 Streiktage verrechnet wurden. In der amtlichen Statistik werden aber als „Höchstzahl der gleichzeitig Streikenden“ 12 angegeben, während nach den Listen der Gewerkschaft 51 Streikende vorhanden waren. Der Vorstand des Tabakarbeiterverbandes bemerkt zu der amtlichen Angabe: „Bei Beginn des Streiks waren 51 Beteiligte und am 1. Januar 1902 waren noch 41 Streikende vorhanden. Woher die amtliche Statistik die „Höchstzahl“ von 12 Streikenden hat, ist völlig unverständlich.“ Nicht weniger unverständlich ist die Sache in den anderen Fällen, in welchen in der amtlichen Statistik die Zahl der Streikenden geringer angegeben ist, als in der Gewerkschaftsstatistik. Bei den Gewerkschaften werden alle Beteiligten in der Streikliste geführt und nach dieser wird die Unterstützung ausgezahlt. Daß dabei genau darauf geachtet wird, daß nicht Unbeteiligte die Unterstützung in Anspruch nehmen, bedarf wohl nicht besonderer Betonung. Eher ist es möglich, daß mancher, dessen Anspruch auf Unterstützung nicht zweifelsfrei ist, zurückgewiesen wird, als daß ein Nichtstreikender in die Liste eingetragen und dadurch zum Bezug der Unterstützung berechtigt wird. Die Angaben der Gewerkschaftsstatistik müssen unbedingt als die Minimalzahlen

der an den Streiks Beteiligten angesehen werden. Nun beziffert sich die Summe der Streikenden nach der amtlichen Statistik für die 609 Streiks, die mit den Streiks der Gewerkschaftsstatistik in Vergleich gestellt werden können auf 44 626 und bei den gleichen Streiks nach den Angaben der Gewerkschaften auf 48 014, also auf ein Mehr von 3388. Hiervon sind in Abzug zu bringen 717 Streikende, die an Streiks und Aussperrungen beteiligt waren, für welche in der amtlichen Statistik, weil am 1. Januar 1903 noch nicht beendet, oder aus anderen Gründen keine weiteren Angaben als die über den Beginn des Konfliktes gemacht sind. Bei dem Vergleich der Streiks im Einzelnen ergibt sich, daß an den Streiks, welche in Vergleich gestellt werden konnten, 5241 Personen, abzüglich der erwähnten 717 = 4524 nach der Gewerkschaftsstatistik mehr beteiligt waren, als nach der amtlichen Statistik. Nun weist demgegenüber die amtliche Statistik bei den vergleichbaren Streiks in 14 Berufen ein Mehr von Streikenden von insgesamt 1853 auf. Diese Zahl würde sich aber wesentlich (um 1382) verringern, wenn entsprechend der amtlichen Methode die Aussperrung im Baugewerbe in Hamburg von den Maurern und Bauarbeitern als ein besonderer Differenzfall gezählt und damit die Streikenden und dann später Ausgesperrten doppelt gezählt worden wären, wie es amtlicherseits und auch von der Gewerkschaft der Zimmerer geschehen ist. Dann würde sich bei dem Mann in Hamburg in der amtlichen Statistik nicht ein Plus der Streikenden resp. Ausgesperrten von 1382, sondern ein Minus von 1450 ergeben. Wäre die Zählung in der Gewerkschaftsstatistik so erfolgt, wie in der amtlichen Statistik, so hätte diese in 13 Berufen ein Mehr an Streikenden von 471, die Gewerkschaftsstatistik aber in 28 Berufen, nach Abzug der 717 Personen, die an Streiks beteiligt waren, für welche in der amtlichen Statistik nähere Angaben fehlen, ein Mehr an Streikenden von 5974.

Schon diese Vergleiche zeigen, daß die amtliche Statistik äußerst mangelhaft ist und die Tatsachen nicht wahrheitsgetreu wiedergibt.

Das Hauptgewicht ist aber darauf zu legen, daß in der amtlichen Statistik (siehe Tabelle II) auch für 1902 nicht weniger als 317 Streiks mit 5874 Beteiligten vollständig fehlen. Man müßte eine Statistik, die mit derartigen Hilfsmitteln aufgenommen werden kann wie die amtliche, schon dann als unzutreffend bezeichnen, wenn darin ein oder zwei Streiks fehlen würden. In der amtlichen Statistik des Deutschen Reiches fehlen für 1902 mehr als 300 Streiks. Dazu kommt, daß wir schon im Vorjahre eingehend diesen Mangel der amtlichen Statistik nachgewiesen haben. Man hätte also erwarten können, daß die mit den Erhebungen betrauten behördlichen Organe der Sache größere Aufmerksamkeit widmen würden. Ist dies geschehen, so wäre unzweifelhaft erwiesen, daß bei der bisherigen Methode der amtlichen Erhebung ein vollkommenes Resultat nicht erreicht werden kann, und deshalb die Sache in anderer Weise gemacht werden muß.

Das mangelhafte Ergebnis der amtlichen Statistik ist wie gesagt darauf zurückzuführen, daß die Gewerkschaften sich in der Sache passiv verhalten oder möglicherweise, ohne daß bisher eine Anregung nach dieser Richtung von irgend einer Seite dazu gegeben wäre, den redigierenden Beamten die Auskunft verweigern oder solche so unzureichend geben, daß ein völlig klares Bild von den Behörden, die an das Statistische Amt berichten, nicht gewonnen werden kann. Man kann es den Gewerkschaftsvertretern wirklich nicht verargen, wenn sie den Polizeiorganen, denen die Recherchen obliegen, nicht große Sympathie entgegenbringen. Es sind doch dieselben Organe, welche bei

Tabelle II.

Laufende Nummer	Gewerbe	Es sind nicht verzeichnet in der			
		Gewerkschafts- statistik		Amtlichen Statistik	
		Streiks	mit Beteiligten	Streiks	mit Beteiligten
1	Barbiere	—	—	1	8
2	Bauarbeiter	52	2202	12	332
3	Maurer	56	1865	61	1021
4	Zimmerer	16	330	34	208
5	Bauunternehmung	19	816	—	—
6	Bergarbeiter	12	2494	—	—
7	Bildhauer	1	6	11	78
8	Böttcher	1	7	2	18
9	Brauer	3	50	7	23
10	Buchbinder	—	—	1	7
11	Buchdrucker	1	10	9	85
12	Buchdruckerei-Hilfs- arbeiter	—	—	1	10
13	Dachdecker	4	42	3	77
14	Fabrikarbeiter	12	809	6	54
15	Gärtner	2	12	—	—
16	Gemeindebetriebs- arbeiter	1	24	—	—
17	Glasarbeiter	10	145	—	—
18	Gläser	—	—	1	5
19	Graveur	—	—	1	4
20	Hafenarbeiter	7	259	2	80
21	Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter	10	280	5	128
22	Handlungsgehilfen	1	13	—	—
23	Holzarbeiter	50	880	44	761
24	Hutmacher	—	—	3	47
25	Lederarbeiter	3	44	—	—
26	Lithographen	—	—	3	25
27	Maler	4	48	6	49
28	Maschinenisten	—	—	2	6
29	Metallarbeiter	51	1487	45	1754
30	Müller	5	102	—	—
31	Porzellanarbeiter	2	6	4	49
32	Schiffszimmerer	2	116	2	26
33	Schmiede	1	18	—	—
34	Schneider	10	293	1	27
35	Schuhmacher	7	60	8	360
36	Steinarbeiter	11	308	4	96
37	Steinsetzer	6	87	5	49
38	Stofftateure	10	188	—	—
39	Tabakarbeiter	5	206	6	66
40	Tapezierer	1	3	12	69
41	Textilarbeiter	78	6258	3	45
42	Töpfer	8	80	10	159
43	Vergoldter	1	5	2	20
44	Verstarbeiter	—	—	1	128
45	Verchiedene	2	83	—	—
		465	19636	317	5874

dem Streik, über den sie Auskunft haben wollen, allerdings im Auftrage der vorgesetzten Behörde, den Streikenden alle möglichen Schwierigkeiten bereiteten, um die Situation für die Gegenpartei, die Unternehmer, günstiger zu gestalten. Es mag den Leitern der Streiks auch dann, wenn die amtliche Statistik den Charakter einer Kriminalstatistik verlieren sollte, noch schwer fallen, einer Behörde, die sich als parteiisch in dem wirtschaftlichen Kampf erwiesen hat, Bericht zu geben, aber sie würden sich um der guten Sache Willen dieser unangenehmen Aufgabe nicht entziehen. Vorläufig haben sie keine Veranlassung sich weiter

zu bemühen, und deshalb werden der amtlichen Statistik die geschilderten Mängel verbleiben.

Dabei ist aber das Ergebnis der Antworten auf die Fragen, welche der amtlichen Streikstatistik den Charakter einer Kriminalstatistik geben, äußerst minimal. Der Feststellung, wieviel „jugendliche“ sich unter den Streikenden befanden, scheint das Statistische Amt bei der Bearbeitung des Materials keine nennenswerte Bedeutung beizulegen. Es wird die Zahl der jugendlichen Streikenden, soweit sie überhaupt erwähnt wird, nur in Parenthese gegeben. Die Höchstzahl der gleichzeitig Streikenden betrug bei den 1000 beendeten Streiks, so berichtet die amtliche Statistik, 53 912 (darunter 6988 jugendliche). Nach der Gewerkschaftsstatistik waren unter den Streikenden 3729 männliche und 577 weibliche jugendliche Arbeiter. Diese Ziffern mögen nicht vollständig sein, weil für die Gewerkschaften die Frage völlig bedeutungslos und sie nur deswegen gestellt ist, um die Angaben der amtlichen Statistik nachkontrollieren zu können. Aber angenommen, die amtliche Angabe sei richtig, so hat doch die Teilnahme dieser „Jugendlichen“ an den Streiks keine Bedeutung, gegenüber der von den Gewerkschaften festgestellten Tatsache, daß von den Streikenden 26 019 männliche und 2199 weibliche verheiratet waren und die Verheirateten 48 962 Kinder unter 14 Jahren zu ernähren hatten. Glaubt man etwa, daß diese Väter und Mütter sich von den „jugendlichen“ verleiten lassen würden, ihre Pflichten zu vergessen und blindlings in einen Streik einzutreten? Ebenso steht es mit den Fragen nach dem Kontraktbruch usw., die mit der Streikstatistik so wenig zu tun haben wie die Frage nach den „jugendlichen“ Streikenden. Alles, was die amtliche Statistik darüber zu sagen weiß, ist das folgende:

„Streiks sind ebenso wie Aussperrungen die äußersten Mittel des wirtschaftlichen Kampfes zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, zu denen gewöhnlich erst dann gegriffen wird, wenn die Verbitterung zwischen beiden Parteien bereits einen so hohen Grad erreicht hat, daß ein friedlicher Antrag der bestehenden Differenzen ausgeschlossen erscheint. Wie oft nun die Arbeiter bei Anwendung dieses Kampfmittels den Boden des Arbeitsvertrages verlassen haben, soll unter Ziffer 7 b der Streik-Nachweisungen festgestellt werden. Nach den dieser Arbeit zugrunde liegenden Zahlenangaben sind von der insgesamt 53912 Arbeiter umfassenden Höchstzahl der Streikenden nach amtlicher Zählung 39 960 = 74,1 Proz. bei Ausbruch des Streiks zur sofortigen Arbeitsniederlegung berechtigt, 13 952 = 25,9 Proz. kontraktbrüchig gewesen. Die sämtlichen Streikenden waren kontraktbrüchig im Regierungsbezirk Osnabrück (Höchstzahl der Streikenden 120), Sigmaringen (39), Niederbayern (7), im Kreise Offenburg (42), in der Provinz Oberhessen (25) und im Bezirk Unter-Elßaß (140). Umgekehrt waren in den preussischen Regierungsbezirken Gumbinnen (87), Danzig (20), Marienwerder (35), Minden (125), Trier (32), sowie in den bairischen Regierungsbezirken Oberbayern (97), Unterfranken (40), im Donaufreis (83), in den badischen Kreisen Konstanz (380), Baden (88), Heidelberg (16), in Anhalt (28), Schwarzburg-Rudolstadt (35), Meuß älterer Linie (522) und in Stadt Lübeck (31) unter den Streikenden Kontraktbrüchige überhaupt nicht zu verzeichnen.“

Es folgt dann eine tabellarische Uebersicht der Kontraktbrüchigen nach Bundesstaaten und Gewerben geordnet und heißt es weiter:

„Aus den vorstehend über die Häufigkeit des Kontraktbruchs gebrachten Zahlenangaben läßt sich übrigens nicht ohne weiteres der Schluß ziehen, daß in der Arbeiterchaft gewisser Gegenden oder Gewerbe mehr, in der Arbeiterchaft anderer Gegenden oder Gewerbe

aber weniger Neigung zum Kontraktbruch bestanden zu haben scheine. Denn ein Verstoß gegen Kündigungsfristen kann nur dort in Frage kommen, wo überhaupt eine (vertragsmäßige oder gesetzliche) Kündigungsfrist besteht; aus der Beantwortung der Frage unter Ziffer 7a der Nachweisungen ist aber nicht zu ersehen, ob im Einzelfalle die Streikenden beim Eintritt in den Streik aus dem Grunde nicht kontraktbrüchig gewesen sind, weil für sie überhaupt keine Kündigungsfrist bestand oder aber deshalb, weil sie die tatsächlich bestehende Kündigungsfrist inne gehalten hatten."

"Nach den Mitteilungen unter Ziffer 13 und 14 der Nachweisungen hat die Streikbewegung des Berichtsjahres, insoweit die beendeten Streiks in Frage kommen, in 139 Fällen zur Anrufung der Staatsanwaltschaft geführt, während 259 mal die Polizeibehörden in Anspruch genommen wurden (vergl. die Spalten 69 und 70 in den Tabellen 1 und 2). Ob und inwieweit es zu einem wirklichen Einschreiten der erstgenannten Behörde gekommen ist, und welche Wirkung dasselbe gehabt hat, ist erklärlicherweise nicht aus den Nachweisungen zu ersehen, die zu einer Zeit ausgestellt werden mußten, zu welcher zwar der Streik bereits beendet war, der definitive Erfolg etwa eingeleiteter Amtshandlungen aber noch nicht feststand. Was übrigens die seitens der Polizei- behörden entwickelte Tätigkeit anlangt, so hat dieselbe nur in einem Teile der vorerwähnten 259 Fälle in direktem Einschreiten gegen die Streikenden bestanden: vielfach konnte die Polizeibehörde sich beschränken auf die Aufstellung von Schutzmännern auf der Arbeitsstelle (behufs Ueberwachung der Lohnauszahlung, Sicherung der Arbeitswilligen) oder auf die gesteigerte Kontrolle der Wirtschaften, der Versammlungen der Streikenden usw."

Um ein derartiges Resultat zu erlangen, lohnt es sich wirklich nicht, der Streikstatistik den üblen Beigeschmack einer Kriminalstatistik zu geben.

Aber diese Angaben der amtlichen Statistik werden von den Gewerkschaften als nicht zutreffend bezeichnet. Eine nähere Prüfung ist allerdings nur bei den Streiks möglich, die aus der amtlichen und der gewerkschaftlichen Statistik in Vergleich gestellt werden können. In der Tabelle III sind die Kontraktbrüchigen, die nach der amtlichen Statistik bei diesen Streiks vorhanden gewesen sein sollen, verzeichnet. In Spalte 2 dieser Tabelle ist dann festgestellt, daß von den 4582 angeblich Kontraktbrüchigen 1998 in Afford gearbeitet haben und keine Kündigung hatten. In Spalte 3 wird festgestellt, daß nach den Angaben der amtlichen Statistik von den 4582 angeblichen Kontraktbrüchigen 2249 an Abwehrstreiks beteiligt waren, nach der Gewerkschaftsstatistik (Spalte 4) waren es 2786. Die Differenz in diesen Angaben kommt daher, daß einzelne Streiks, bei denen Kontraktbruch vorgelegen haben soll, in der amtlichen Statistik als Angriffstreiks in der gewerkschaftlichen aber als Abwehrstreiks bezeichnet sind. Bei einem Abwehrstreik sind aber nicht die Arbeiter, sondern die Unternehmer kontraktbrüchig, denn sie versuchen wiederrechtlich innerhalb der bestehenden Kündigungsfrist die vereinbarten Arbeitsbedingungen zu ändern. Von dem Wenigen, was die amtliche Statistik hier also bietet, bleibt bei näherer Nachprüfung fast nichts übrig. Man sollte daher an maßgebender Stelle einsehen, daß es verfehlt war, in die Streikstatistik Dinge hineinzubringen, die nicht hineingehören, wenn die Statistik vernünftigen Zwecken dienen soll.

Andererseits könnte man aber sagen, daß die Gewerkschaften gerade wegen dieses kümmerlichen Resultates der amtlichen Erhebungen nach dieser Richtung hin, keine Ursache hätten, den Fortfall dieser kriminal-

Tabelle III.

Beruf	Kontraktbrüchig waren	von diesen hatten Affordarbeit ohne Kündigung	Angeblich Kontraktbrüchige waren an Abwehrstreiks beteiligt nach der	
			amtl. Statistik	Gewerkschaftl. Statistik
Bäcker	44	—	—	—
Bauarbeiter	17	—	—	—
Maurer	611	—	30	178
Zimmerer	72	—	—	—
Bauarbeiter, Maurer, Zimmerer	20	—	—	—
Bildhauer	53	45	10	10
Brauer	205	—	205	205
Buchdrucker	25	—	3	3
Dachdecker	10	—	—	—
Fabrikarbeiter	37	30	30	—
Fleischer	4	—	—	—
Glasarbeiter	17	11	11	11
Glasr	10	—	7	7
Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter	437	—	7	100
Holzarbeiter	563	341	429	516
Hutmacher	10	10	—	—
Lithographen	14	—	14	14
Maler	44	32	34	34
Metallarbeiter	449	182	239	282
Sattler	7	—	7	—
Schiffszimmerer	35	—	35	35
Schmiede	4	—	—	—
Schneider	17	16	8	—
Schuhmacher	383	197	273	279
Steinarbeiter	503	411	366	482
Steinleger	6	—	2	4
Stoffateure	38	10	—	11
Tabakarbeiter	94	94	63	94
Tapezierer	11	?	—	—
Textilarbeiter	810	608	476	507
Töpfer	32	11	—	14
	4582	1998	2249	2786

statistischen Fragen aus der Streikstatistik zu fordern. Das mag im ersten Moment einleuchten. Die Gewerkschaften haben aber nur dann ein Interesse an der Vervollkommenung der amtlichen Statistik, wenn sie dadurch ihre eigene Statistik vereinfachen und auf das für sie Notwendigste beschränken können. Das können sie aber so lange nicht, als offenbar die amtliche Statistik gegen die Arbeiterbewegung Verwendung finden soll.

Sie werden mithin ihre Statistik nicht nur fortführen, sondern noch weiter verbessern und sich bei den amtlichen Erhebungen passiv, eventuell auch völlig ablehnend verhalten. So lange die amtliche Streikstatistik den Charakter einer Kriminalstatistik behält, wird sie somit unvollkommen bleiben und wir werden alljährlich den Nachweis dieser Unvollkommenheit erbringen. Erweist sich die amtliche Statistik aber schon bei Dingen unzuverlässig, die leicht festgestellt werden können, wie wenig wird man dann den Angaben vertrauen können, welche von den „unteren Polizeiorganen“ über das Wohlverhalten der Streikenden und Aussperrten gemacht werden. Hält die Regierung es für richtiger, diese Angaben statt einer zuverlässigen und vollkommenen Streikstatistik zu erhalten, so können wir daran nichts ändern. Auf Seiten der Gewerkschaften liegt der Schaden bei dem heutigen Zustand sicher nicht.

Lohnbewegungen und Streiks.

Der Kampf in Crimmitschau.

Die Situation in Crimmitschau ist durch das Fest des christlichen Gottesfriedens nicht im mindesten gemildert worden, dank der kapitalistisch behördlichen Koalition, deren Maßnahmen förmlich darauf gerichtet scheinen, den Kampf immer mehr zu verlängern und die Arbeiter immer schärfer zu erbittern. Hatte schon der amts-hauptmannschaftliche Kas, der Crimmitschau gewissermaßen unter Belagerungszustand stellte, Tel ins Feuer gegossen, so gab das behördliche Verbot der festlichen Weihnachtsveranstaltungen der Ausgesperrten den Flammen des Klassenkampfes neue Nahrung und die Bewilligung von 10 000 Mark für die Verstärkung der Gendarmerie durch die sächsische Kammer wirkte in demselben Maße. Es ist noch heute kaum fählich, wie die dortige Behörde sich zu dieser allen Grundfäden eines christlichen Staates hohnsprechenden Maßregel versteigen konnte.

Während seiner Anwesenheit im dortigen Streitgebiet hatte der Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften, Abgeordneter Legien, mit dem Crimmitschauer Bürgermeister eine Unterredung, die sich auch auf die Sicherung der Veranstaltung der Weihnachtsfeierlichkeiten der Ausgesperrten bezog. Es waren 7 Festveranstaltungen geplant, in denen unter Ansprachen und sonstigen der Bedeutung des Tages entsprechenden Feierlichkeiten die Bescherung für die Ausständigen und ihre Familien stattfinden sollte. Genosse Legien machte dem Bürgermeister begreiflich, welches ungeheure peinliche Aufsehen eine behördliche Verhinderung oder Störung dieser Weihnachtsfeier überall im Reiche erregen müsse und wie verbitternd dies auf die Stimmung der Arbeiterschaft einwirken werde. „Das darf unter keinen Umständen geschehen!“ erklärte der Bürgermeister und versprach, sich selbst bezüglich der Freigabe der Feier mit der Amtshauptmannschaft zu verständigen. Auch darauf wies Gen. Legien hin, daß die Arbeiterbewegung von einem solchen Verbot einen ungeheuren agitatorischen Vorteil erhalten werde und denselben auch recht wohl auszunützen wisse. Daß das Verbot trotz dieser eindringlichen Vorstellungen erfolgte, hätte kein vernünftiger Mensch erwartet. Die sächsischen Regierungsbehörden schienen indes fest entschlossen, die Arbeiter durch die völlig unverständlichsten Nuchtmittel zur Verzweiflung zu treiben, um dadurch ihren Widerstand zu brechen. Sie haben bewußt oder unbewußt nach der Drohung der Fabrikanten gehandelt, welche erklärt hatten: „Wir werden dafür sorgen, daß Ihr diesmal keine Weihnachtsfeiern habt!“ Sie wollten die standhaften Arbeiter an diesem Tage ausschließen von der Weihnachtsfreude, sie isolieren von der Gemeinschaft des Friedensfestes, — aber sie haben die Solidarität der deutschen Arbeiterklasse und das Mitgefühl der Millionen, die sich mit den Crimmitschauer Webern eins erklärten, vergessen. Und so flossen in allen deutschen Gauen die Gaben doppelt reichlich, als das Verbot der Weihnachtsfeier in Crimmitschau bekannt wurde. Den Ausständigen hat das Verbot also nicht geschadet, sie sind, wenn auch in weniger festlicher Veranstaltung, zu ihren Gaben gekommen; sie erhielten doppelt so viel, als erwartet werden konnte. Und die Verdoppelung der Streikunterstützung setzte sie in den Stand, sich ihr Heim für das Weihnachtsfest zu schmücken. Geschadet hat das Verbot lediglich dem Ansehen der Staatsregierung, die in dieser unerhörten Weise die friedliche Weihnachtsfeier vereitelte, und dem Ansehen der Landeskirche, die nichts zu Gunsten der freien Feier ihres höchsten Festes tat. Und wenn mehr als 1000 Personen nach diesem Verbot ihren Austritt aus der

Landeskirche erklärten, so beargwöhnt es sich aus dieser Antwort, wie tief das behördliche Verbot der Weihnachtsfeier die religiösen Gefühle der Weberbevölkerung verlekt hatte.

Der Regierung ist es freilich nach diesen Folgen freilich doch etwas anfang und bange geworden. Was alle Arbeiterdeputationen nicht vermocht hatten, das bewirkte diese elementare Auflehnung gegen die Vergewaltigung der heiligsten Gefühle. Die Regierung sandte den Geheimrat Professor R. Böhmert ins Streitgebiet, mit dem Auftrag, noch vor dem Feste eine Verständigung der kämpfenden Parteien herbeizuführen. Prof. Böhmert ist als wohlmeinender Sozialpolitiker bekannt; man mußte von ihm annehmen, daß er den Unternehmern scharf ins Gewissen reden werde. Aber seine Mission scheiterte am Starrsinn der Fabrikanten, welche mindestens 1000 Arbeiter nicht wieder in die Fabriken aufnehmen wollten. Der siebente Teil der Ausgesperrten sollte also dauernd ausgesperrt bleiben; das war der Frieden der Fabrikanten. Dazu wollte der ehrliche Prof. Böhmert sich nicht verstehen, und er gab den Versuch auf.

Die Unternehmer wollen also den Kampf fortsetzen, — „bis an's bittere Ende,“ wie ein Fabrikant gesagt haben soll. Nun, das Ende wird allerdings ein bitteres für sie sein, denn schon heute steht es fest, daß die Ausgesperrten bis Ende Februar aushalten können, da ihnen die Unterstützung gesichert ist. Und für weitere Kampfmittel wird die deutsche Arbeiterschaft sorgen. Ende Januar beginnt die neue Saison, und wenn bis dahin der Kampf nicht beigelegt ist, so bedeutet das eine zweite tote Saison und den Ruin der Crimmitschauer Textilindustrie. Die deutschen Arbeiter werden ihre Brüder nicht im Stiche lassen, aber um das Erbe der Fabrikanten werden andere Unternehmer sich reißen, die heute schon einen Teil der bisher nach Crimmitschau gehenden Aufträge in der Tasche haben.

Um das Nergste zu verhüten, beriefen die Textilindustriellen eine Konferenz nach Stottbus, dessen Industriebezirk, vor allem Forst, den in Crimmitschau hergestellten Webereierzeugnissen die gefährlichste Konkurrenz bereitet und schon jetzt einen Teil der Crimmitschauer Aufträge an sich gerissen hat. An bitteren Vorwürfen gegen die „arbeitswilligen“ Fabrikanten soll es dort nicht gefehlt haben; ob gegen diesen „Terrorismus“ die Staatsanwaltschaft einschreitet, bleibt abzuwarten. Schließlich versprach man, aus der Uebernahme der Crimmitschauer Aufträge keinen dauernden Nutzen zu ziehen. Das alles wird den schweren dauernden Nachteil nicht verhüten, den die Crimmitschauer Industrie durch das sinnlose Verhalten ihrer Fabrikanten erleidet.

Die Arbeiter sind heute schon die moralischen Sieger in diesem Kampfe und die Unterstützung aller, die mit diesen von Kapital und Staat Unterdrückten fühlen, ist ihnen sicher.

Arbeiter Deutschlands! Die Unternehmer wollen keinen ehrlichen Frieden; sie wollen den Krieg bis zum bitteren Ende! Sie mögen ihn haben. Das neue Jahr steht im Zeichen des ungeschwächten Klassenkampfes. Es muß nach wie vor für Crimmitschau gesammelt werden. Alle Gelder sind zu senden an G. T r e u e, Berlin O. 112, Kronprinzenstraße 7.

Mitteilungen.

Zur Beachtung.

Die Nr. 1 des neuen Jahrganges des Correspondenzblattes erscheint Sonnabend den 9. Januar. Die Herren Expedienten der Gewerkschaftsblätter wollen hiervon Notiz nehmen.

Die Gewerkschaftskommission.

ießer
Reih-
rung

iesen
den.
tten,
die
rung
ins
sejte
bei-
nder
an-
iffen
arr-
eiter
Der
rind
bri-
fich

ort-
fant
ein
daj,
nen,
tere
gen.
bis
da-
im-
iter
um
mer
nady
ben.
til-
In-
han
on-
im-
ren
ten
esfen
itet,
der
men
den
die
sten

hen
ler,
ten

llen
um
eue
en-
han
an
7.

re-
tar.
tter

l.

